



«Land Grabbing» – die Gier nach Land

Der Wettlauf um Land verschärft den weltweiten Hunger

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Einführung ins Thema	
Die Gier nach Land verstärkt den weltweiten Hunger	4–7
«Land Grabbing» verletzt das Recht auf Nahrung	8–11
«Land Grabbing» und Klimawandel	
Ein Teufelskreis	12–15
«Land Grabbing» und internationale Geldströme	
Der Schweizer Finanzsektor spielt mit	16–17
Addax Bioenergy in Sierra Leone	18–19
Beispiele und Partner	
Bodenspekulationen in Benin auf Kosten der Armen	20–22
GRAIN – Pionierarbeit gegen «Land Grabbing»	23
Internationale Gemeinschaft	
Wo stehen die internationalen Regulierungsversuche?	24–27
Fazit und Ausblick	
«Win-Win-Situation» oder einseitige Ausbeutung?	28–29
Links und Quellenhinweise	30
Impressum	31

«Wehe denen, die Acker an Acker rücken, bis kein Platz mehr da ist», ruft Jesaja.

Und Micha klagt: «Sie gieren nach Äckern und rauben sie». Die Aussagen der biblischen Propheten fallen einem ein, wenn man hört, wie in jüngster Zeit landwirtschaftliche Nutzflächen in Armutsregionen von ausländischen Nutzern in grossem Massstab aufgekauft werden. Ein neues Wort ist dafür im Umlauf: «Land Grabbing» (Land an sich reissen) – das Phänomen des Landraubs aber ist alt. Bekannt ist die Geschichte vom Weinberg des Nabot, den sich Ahab, König von Nordisrael im 9. Jahrhundert vor Christus, mittels eines Justizmords aneignete.

Heutiges «Land Grabbing» muss nicht mit offenem Rechtsbruch verbunden sein. Moderner Landraub ist auch nicht – wie zur Zeit der kolonialen Eroberungen – auf physische Gewaltanwendung angewiesen – er erfolgt meist in legalem Rahmen, beispielsweise über Verträge. Private Investoren, ausländische Regierungen und globale Unternehmen sichern sich so Millionen von Hektaren Ackerland in Ländern des Südens. Das Problem aber bleibt: einheimische Bauern verlieren ihren Boden und damit die Möglichkeit, sich selbst und ihre Region zu versorgen. Die Praxis des «Land Grabbing» verschärft tendenziell den weltweiten Hunger und fördert eine industrielle Landwirtschaft – mit fata-

len sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Regierungen bieten beim Ausverkauf ihres Ackerlandes oftmals Hand, sei es, weil sie kaum grossen Verhandlungsspielraum haben oder weil sie glauben, dass grosse ausländische Investitionen automatisch allen zu Gute kämen. Leider trifft das oft nicht zu. Lokale Bäuerinnen und Bauern verlieren mit dem Land auch ihre Existenzgrundlage, und die Arbeiten auf den neuen industriellen Grossplantagen werden nicht selten durch importierte Arbeitskräfte erledigt.

Die einheimische Bevölkerung wird davon nicht satt: Werden die landwirtschaftlichen Flächen überhaupt zur Nahrungsmittelproduktion genutzt und nicht nur als Spekulationsobjekt oder für die Herstellung von Benzinersatz, so werden die Erträge exportiert. Eine widersprüchliche Situation: Im Sudan, wo Millionen von Hektaren Land für die ausländische Nutzung zur Verfügung gestellt werden, herrscht gleichzeitig eine Hungersnot, und ein grosser Teil der Bevölkerung ist auf ausländische Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Die vorliegende Broschüre gibt «EinBlick» in Hintergründe und Folgen des «Land Grabbing» und zeigt Handlungsansätze auf. Unser Handeln ist gefordert! Denn für viele Menschen bedeutet Land Leben.



Antonio Hautle
Direktor, *Fastenopfer*



Beat Dietschy
Zentralsekretär, *Brot für alle*

Die Gier nach Land verstärkt den weltweiten Hunger

Miges Baumann, Leiter Ressort Entwicklungspolitik, Brot für alle



Die Verpachtung grosser Landflächen bedroht die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft in Äthiopien.

© Miges Baumann

Ein neues Phänomen bedroht die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens: «Land Grabbing». Der Verkauf oder die Verpachtung von Land an andere Staaten und ausländische Investoren verschärft Armut und Hunger zusätzlich.

Unser Fahrzeug fährt mit hoher Geschwindigkeit von der Ortschaft Mojo aus gegen Südwesten durch das äthiopische Hochland. Seit einiger Zeit fahren wir an einem neu errichteten Zaun entlang – 5 Minuten, 10 Minuten, 15 Minuten. Der Zaun scheint endlos. Dahinter ist nicht viel zu sehen ausser einigen Bäumen und ein bisschen Gras. «Das ist eingezäuntes Land für ausländische Investoren»,

erklärt mein Begleiter. Mein Blick gleitet über die unvorstellbar grosse Landfläche. Das war im Jahr 2007.

Zwei Jahre später erklärt Esaya Kebede, Direktor der äthiopischen Agricultural Investment Agency, dass Äthiopien bereits drei Millionen Hektar Land ausgezont habe, um es an ausländische Investoren zu verpachten.¹ Eine Fläche so gross wie Belgien. Gleichzeitig sind mindestens 6,2 Millionen Menschen in Äthiopien von Hunger und Mangelernährung betroffen und auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Doch Äthiopien ist bei Weitem kein Einzelfall: Ähnliches geschieht im Sudan, in Sambia, Mosambik, Madagaskar, Laos, Kambodscha und vielen weiteren Staaten, in denen

die Mangelernährung der Bevölkerung gravierende Ausmasse erreicht hat (vgl. Grafik).

Kolonialismus mit juristischen Mitteln

Aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China oder Indien und vor allem rund 1000 westliche Investment- und Hedge-Funds (z.B. Passport Capital aus den USA oder PF(LUX)-Agriculture Fund von Pictet aus der Schweiz) sowie Banken (z.B. UBS oder Goldman Sachs) kaufen oder pachten Ackerland in armen Ländern. Als «Land Grabbing» (Land an sich reißen, Landnahme) bezeichnete die internationale Nichtregierungsorganisation Genetic Resources Action International (GRAIN) (vgl. S.23), eine Partnerorganisation von *Brot für alle*, diese Vorgänge erstmals im Jahr 2008 und etablierte damit einen neuen Begriff. Die Weltbank und viele Regierungen sprechen lieber vornehm von «landwirtschaftlichen Investitionen», denn diesen haftet kein neokolonialer Beigeschmack an.

Doch sogar Jacques Diouf, Direktor der Uno-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), warnte unlängst vor dem Neokolonialismus, der mit dieser Art von Landnahme verbunden sei. Die heutigen Vorgänge sind allerdings subtiler als zu Kolonialzeiten. Waren es früher Armeen, die Land annektierten, so sind es heute Juristen, die im Auftrag von Firmen und Regierungen komplizierte und undurchsichtige Übernahmeverträge abwickeln; oft in einem quasilegalen Rahmen, häufig verbunden mit Korruption und unter Verletzung bestehender nationaler Gesetze.

Landdeals in Millionenhöhe

Die Weltbank beziffert die in Afrika, Lateinamerika und Asien seit dem Jahr 2006 verhandelten oder bereits verkauften und verpachtete Ackerflächen auf rund 50 Millionen Hektaren. Dies entspricht fast der Hälfte des gesamten chinesischen Ackerlandes. Laut Schätzungen der FAO aus dem Jahr 2009 belief sich der auf diese Weise abgewickelte



Handel mit Agrarland

- Staaten, die Land kaufen oder leasen
- Staaten, die Land verkaufen oder verleasen

Ernährungssituation

- ▲ Geringe Anzahl Hungernde
- ▲ Grosse Anzahl Hungernde
- ▲ Sehr grosse Anzahl Hungernde

Quelle: International Food Policy Research Institute; GRAIN; Global Hunger Index 2008.



Während der steigende Bedarf an Nahrungsmitteln in Ländern wie China «Land Grabbing» weiter antreibt ...

© Caro Andreas Muhs / Keystone

Landausverkauf alleine in Afrika auf 20 Millionen Hektaren. «Wahrscheinlich liegen die Zahlen noch wesentlich höher», ist GRAIN überzeugt. Die Organisation veranschlagt, dass bisher etwa 100 Milliarden US-Dollar bereit gestellt wurden, um diese Geschäfte zu finanzieren. Die Weltbank spricht vorsichtig von 50 Milliarden US-Dollar.

«Durch «Land Grabbing» wird in Entwicklungsländern die industrielle Landwirtschaft auf Kosten kleiner, aber produktiver Familienbetriebe eingeführt,» ist Henk Hobbelinek von GRAIN überzeugt. Ein grosser Anteil des investierten Kapitals stammt aus Ländern des Südens wie China, Indien, Brasilien, Südafrika und aus dem Nahen Osten. Die Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) schätzt, dass im Jahr 2008 rund 40 Prozent der grenzüberschreitenden Agrarinvestitionen aus Südländern stammten.

Krisen als treibende Kraft

Zurückzuführen ist die neue Gier nach Landressourcen auf die Krisen der jüngsten Zeit:

Die Explosion der Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 führte dazu, dass importabhängige Regierungen den Lebensmittelanbau im Ausland als neue Strategie zur nationalen Ernährungssicherung anzusehen begannen. Staaten wie China, Indien oder Saudi Arabien realisierten, dass ihr steigender Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln auf dem Weltmarkt nicht mehr abgedeckt werden konnte. Vor diesem Hintergrund trieben staatliche und halbstaatliche Firmen mit der Unterstützung ihrer Regierungen den grenzüberschreitenden Handel mit Ackerland voran.

Mit der globalen Finanzkrise wurden bebaubare Flächen auch für die Finanzindustrie interessant. Investitions- und Hedge-Funds sowie Banken bot das Geschäft mit dem Boden nach der Hypotheken- und Finanzkrise neue und sichere Anlagemöglichkeiten mit gutem Renditepotenzial. Aber auch die Agrarindustrie, die Landmaschinenhersteller sowie zahlreiche Chemie- und Saatgut-Firmen hoffen dank den industriell bewirtschafteten riesigen Ackerflächen auf höhere Einnahmen.

Die sich abzeichnende globale Wasserkrise lässt die Nachfrage nach fruchtbarem Land, das einfach bewässert werden kann, zusätzlich steigen. Und nicht zuletzt wächst die Nachfrage nach Land und dem gesicherten Anbau von Nahrungsmitteln auch durch die Klimaerwärmung, welche aufgrund von unregelmässigen Regenfällen die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in einigen Teilen der Welt stark einschränkt.

Auf Kosten der Ärmsten

Paradoxerweise sind gerade diejenigen Länder, die den Ausverkauf ihrer Landesreserven vorantreiben, oftmals von wiederkehrenden Hungersnöten oder von einer verbreiteten Mangelernährung der Bevölkerung betroffen.

Verfehlte Entwicklungsvorstellungen sind der Hauptgrund dafür, dass Regierungen trotzdem grosse Landstriche an ausländische Investoren freigeben. Oftmals sind auch Korruption und Bereicherung durch die Eliten mit im Spiel. Einige Regierungen glauben, dass die Verpachtung und der Verkauf von Land zur Steigerung des Bruttosozialprodukts und zu neuen Einnahmen führen, womit es automatisch allen besser gehen sollte. Im Zuge der Nahrungsmittelkrise wurde vielen Entwicklungsländern zudem vorgeworfen, den Nahrungsmittelsektor vernachlässigt zu haben. Das Verpachten und Verkaufen von Land erachten offenbar verschiedene Regierungen als Möglichkeit, etwas für die Landwirtschaft zu tun – ungeachtet der beträchtlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen.



...verlieren Millionen von Menschen in Ländern des Südens dadurch ihre Lebensgrundlage.

© Paul Jeffrey EAA

«Land Grabbing» verletzt das Recht auf Nahrung

Ester Wolf, Verantwortliche für das Recht auf Nahrung, Brot für alle

Der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen ist ein zentraler Bestandteil des Rechts auf Nahrung. Ohne Landtitel und politische Mitsprache ist die ländliche Bevölkerung Landübernahmen jedoch oft schutzlos ausgeliefert.

Die Zahl der Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden, ist in den letzten zwei Jahren drastisch angestiegen. Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, um alle



Die agroindustrielle Landwirtschaft ist die falsche Antwort auf die Nahrungsmittelkrise. © Robert Schmid

Menschen zu ernähren. Das Phänomen «Land Grabbing» spitzt das Hungerproblem weiter zu. Es fördert die ungerechten Produktionsstrukturen beim Anbau von Nahrungsmitteln, verdrängt die kleinbäuerliche Landwirtschaft und schadet der Umwelt.

«Die Ausbreitung der agroindustriellen Landwirtschaft ist die falsche Antwort auf die Nahrungsmittelkrise», warnt die internationale Nichtregierungsorganisation GRAIN (vgl. S.23). Die meisten Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden, leben in ländlichen Gebieten. Es sind in erster Linie Kleinbauernfamilien, Landlose, Landarbeiter und Arbeiterinnen, aber auch Familien, die vom Fischfang leben sowie Nomadenvölker. Sie hungern, weil ihnen der Zugang zu fruchtbarem Land, zu Saatgut, Wasser, Krediten und zu den Märkten fehlt oder verwehrt wird. Die Betroffenen stehen am Rande der Gesellschaft und sind Menschenrechtsverletzungen besonders schutzlos ausgeliefert, weil sie über keinen politischen Einfluss verfügen.

Traditionelles Landrecht ausgehebelt

Der Weltagrarbericht (vgl. Kasten S. 14) belegt, dass die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft gefördert werden muss, um den Hunger dauerhaft zu bekämpfen. Konkrete Massnahmen seitens der Staatengemeinschaft stehen jedoch nach wie vor aus. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass «Land Grabbing» durch ausländische Investoren bereits unzählige Bauern von ihrem traditionell



Der intensive Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln gefährdet Menschen und Umwelt.

© Robert Schmid

genutzten Land verdrängt hat oder ihnen dadurch die Zugangsrechte verwehrt wurden. Einkommensmöglichkeiten schaffen die verpachteten Flächen für die lokale Bevölkerung nur in geringem Masse, da sie entweder hoch mechanisiert oder durch importierte Arbeitskräfte bebaut werden. So plant etwa China den Einsatz von 10 000 eigenen Bauern auf dem gepachteten Boden in Mosambik. Traditionelles, lokales Wissen über die nachhaltige Nutzung des Bodens geht damit verloren. Verschärft wird dieses Problem in vielen Ländern des Südens durch die unregelmässigen Landrechte. Familien bewirtschaften ihr Land oft seit Generationen, besitzen jedoch keine offiziellen Landtitel. Bei Landgeschäften zwischen den staatlichen Eliten und Investoren werden sie regelmässig übergeben und sind der Willkür regionaler Potentaten und nationaler Regierungen schutzlos ausgeliefert. Auch individuelles Profitdenken ist dafür verantwortlich, dass die notwendigen Landrefor-

men verlangsamt oder gar blockiert werden. Verstösse gegen traditionelle Nutzungsrechte sind juristisch nur schwer einklagbar.

Lebensgrundlagen zerstört

Um einen maximalen Gewinn zu erzeugen, setzen die Investoren auf eine agroindustrielle Landwirtschaft mit intensivem Einsatz von Pestiziden und oft gentechnisch verändertem Saatgut. Die erzeugten Produkte werden meist direkt in das Herkunftsland der Investoren transportiert. Dort dienen sie oftmals lediglich als Viehfutter oder werden zu Agrotreibstoffen weiterverarbeitet – während im Anbaugebiet Hunger herrscht! Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass ganze Landstriche von den Regierungen als ungenutzt eingestuft und an Investoren übergeben werden, obwohl sie die Lebensgrundlage von Nomaden sind. Immer öfter verlieren auch Fischerfamilien den Zugang zu ihren

Fischgründen, da die industrielle Landwirtschaft immense Wassermengen benötigt und die Produktionsanlagen deshalb an Flüssen oder Seen gebaut werden. Die verwendeten Pestizide verschmutzen das Wasser, oftmals mit tödlichen Folgen für die Fischbestände.

Menschenrechte verletzt

In vielen Fällen verletzen Staaten oder Investoren mit dem «Land Grabbing» direkt das Recht auf Nahrung und damit verbundene Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungen. Denn der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen ist ein zentraler Bestandteil des Rechts auf Nahrung, das im Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte festgeschrieben und damit völkerrechtlich verbindlich ist. Staaten missachten dieses Recht, wenn sie Land an Unternehmen vergeben und damit

die Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung zerstören. Der Staat ist dazu verpflichtet, das Recht auf Nahrung zu schützen, indem er verhindert, dass z.B. Unternehmen den bestehenden Zugang der Bevölkerung zu Nahrung zerstören. Er muss also eingreifen, wenn Unternehmen ihre Produktion auf Gebiete ausweiten, die ihnen rechtlich nicht zustehen und Vertreibungen drohen.

Des Weiteren ist der Staat dazu verpflichtet, das Recht auf Nahrung zu gewährleisten, indem er besonders verletzbare Gruppen wie etwa indigene Gemeinschaften identifiziert und Massnahmen trifft, um deren Zugang zu Nahrung sicherzustellen, beispielsweise durch Landreformen. Die von den Landgeschäften betroffenen Gemeinden müssen bei solchen Vorgängen konsultiert und informiert werden.

Und nicht zuletzt sollten Regierungen Unternehmen in die Pflicht nehmen, um zu verhin-



Viele Nomadenvölker verlieren durch «Land Grabbing» den Zugang zu Gemeinschaftsland.

© Miges Baumann



Wegen ungeklärten Landrechten und fehlendem Rechtsschutz sind Kleinbauern bei unrechtmässigen Landverkäufen machtlos.

© Paul Jeffrey EAA

dern, dass diese im In- und Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen. Internationale Unternehmen und Finanzinstitutionen, die Landgeschäfte abschliessen bzw. finanzieren, haben ihrerseits die Pflicht, die Menschenrechte zu respektieren. Sie dürfen die Schwäche von Staaten nicht dazu missbrauchen, sich Land auf Kosten der Bevölkerung und der Ernährungssouveränität des Landes zu sichern.

Besserer Rechtsschutz für Bauern

Die Internationale Bauernbewegung La Via Campesina mahnt, dass die Rechte der Bäuerinnen und Bauern massiv und meist ohne strafrechtliche Konsequenzen verletzt werden. «Die Nahrungsmittelkrise von 2008 hat diese Situation verschärft und das ‹Land Grabbing› bringt neue Verletzungen des Rechts auf Nahrung mit sich», sagt Henry Saragih, Koordina-

tor von La Via Campesina. Die Bauernbewegung fordert deshalb einen besseren Schutz der Rechte von Bäuerinnen und Bauern auf internationaler Ebene.

Mit Unterstützung von den *Brot für alle*-Partnern Centre Europe Tiers Monde (Cetim) und FoodFirst Information and Action Network (FIAN) erarbeitete die Organisation im Jahr 2008 eine entsprechende Erklärung, die im März 2010 im Uno-Menschenrechtsrat diskutiert wurde.² «Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Ungerechtigkeit,» sagt Henry Saragih und fordert die Regierungen dazu auf, sich für die Erklärung einzusetzen. *Brot für alle* und *Fastenopfer* unterstützen ihre Partner darin, ihre Rechte einzufordern und engagieren sich für eine bessere Durchsetzbarkeit der Menschenrechte.

Ein Teufelskreis

Marion Künzler, Verantwortliche für Klima und Recht auf Entwicklung, Brot für alle



Der Klimawandel hat in zahlreichen Ländern des Südens eine Zunahme von Dürren und Hungerkrisen zur Folge.

© Epa Chico Batata, Keystone

Der Klimawandel trägt zur Verknappung der natürlichen Ressourcen bei und beschleunigt so den Ausverkauf von Land. Dieser wiederum verschärft den Klimawandel durch die klimaschädliche Bewirtschaftung des Bodens und erschwert der lokalen Bevölkerung den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen.

«Sie nahmen uns das Land, nachdem wir es bereits bestellt hatten..[...]. Wir wollen unsere Farmen wieder, denn davon hängt unsere Existenz ab! Wir sterben vor Hunger und es gibt nichts, das noch unser eigen ist», erzählt eine Mutter und Bäuerin aus Mozambique³. Sie ist eine von Tausenden weltweit, die aufgrund von «Land Grabbing» ihren Boden und damit ihre Lebensgrundlage verloren haben. Der weltweite Ausverkauf von bebauba-

ren Ackerflächen wird nebst der globalen Nahrungsmittelkrise auch durch den Klimawandel und dessen Folgen – wie kürzere Regenzeiten oder der Anstieg des Meeresspiegels – zusätzlich angeheizt.

Bevölkerung doppelt betroffen

In Äthiopien hat die Regierung bereits über 600 000 Hektar Land an mehr als 2000 Unternehmen aus China, Indien, Saudi-Arabien und andere Staaten verpachtet.⁴ Sie sucht weitere Investoren für mehr als zwei Millionen Hektar, auf denen Plantagen für Exportprodukte entstehen sollen. Dies, obwohl die Bevölkerung bereits mit den Auswirkungen des Klimawandels zu kämpfen hat und sich diese weiter verschärfen werden: Ungenügend Niederschläge, der späte Beginn der Regenzeit

und daraus resultierende Dürren und Schädlingsbefall haben zu abnehmenden landwirtschaftlichen Erträgen, häufigeren Hungersnöten und weit verbreiteter Mangelernährung geführt.

Rund 85 Prozent der Äthiopierinnen und Äthiopier bauen ihre Nahrungsmittel – meist im Regenfeldbau – selbst an und sind somit von fruchtbarem Land abhängig. Sie sind vom Landausverkauf und den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen.

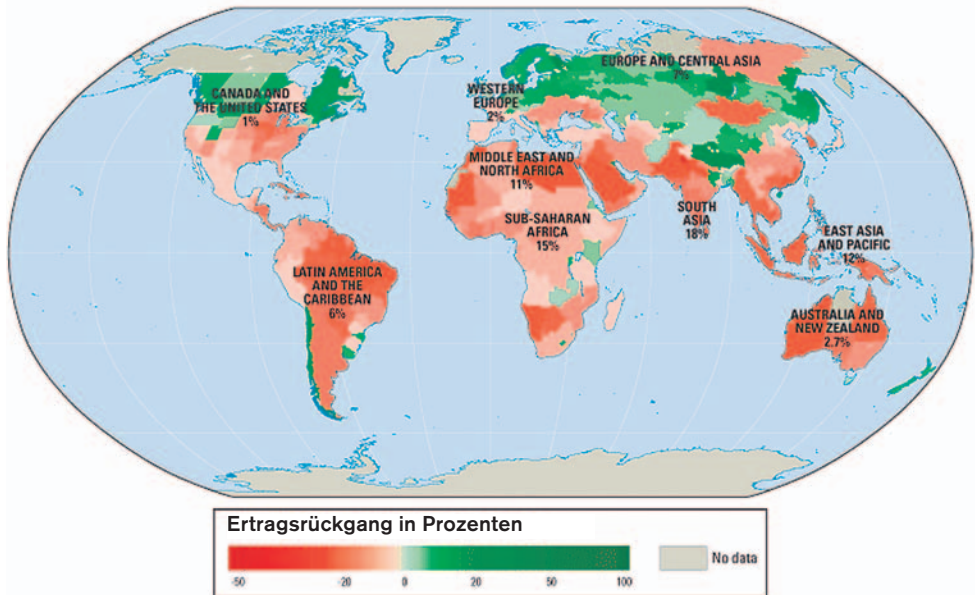
Erschwerter Zugang zu Wasser

Besonders begehrt sind bei den Landkäufern einfach zu bewässernde Landstriche für den

Aufbau einer industriellen Landwirtschaft. Mit problematischen Konsequenzen für die Bevölkerung, die zur Sicherung ihrer Lebensgrundlage ebenfalls auf einfach bewässerbares Land angewiesen ist.

Die Verknappung der Wasserreserven als Folge der wasserintensiven Agroindustrie und des Klimawandels verschärfen die Situation weiter. Im Jahr 2020 rechnet der zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) mit 75 bis 250 Millionen Menschen, die in Afrika an Wasserknappheit leiden könnten.⁵ Zudem könnten die Erträge in den Ländern Afrikas, wo über 70 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig sind, bis ins Jahr 2020 um bis zu 50 Prozent fallen. Bei

Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge aufgrund des Klimawandels bis ins Jahr 2050 (bei gleich bleibenden Anbaumethoden)



Die Farben kennzeichnen die erwartete Ertragsveränderung bei den elf wichtigsten Feldfrüchten (Weizen, Reis, Mais, Hirse, Erbsen, Zuckerrüben, Süsskartoffeln, Sojabohnen, Erdnüsse, Sonnenblumen und Raps) von 2046 bis 2055 verglichen mit 1996 bis 2005. Die Modellrechnung berücksichtigt Temperatur- und Niederschlagsveränderungen sowie die steigende CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Die auf den Kontinenten angegebenen Zahlen zeigen den Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (ohne Südafrika betrage dieser in Subsaharar Afrika 23%).

Quelle: Müller et. al. 2009; Weltbank 2008c.



Der Anbau von Jatropha-Nüssen zur Herstellung von Agrotreibstoffen wird in Afrika immer populärer.

© Yetsa A. Tuakli-Wosornu, ZVG durch Photoshare

Weltagrarbericht 2008: Radikales Umdenken in der Agrarproduktion gefordert

Der Weltagrarbericht (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) aus dem Jahr 2008 ist ein von 400 internationalen Wissenschaftlerinnen und Experten erstellter Bericht, welcher die radikale Umstellung der weltweiten Agrarproduktion fordert. Er wurde von 58 Ländern, darunter die Schweiz, unterzeichnet.

Der Bericht hebt hervor, dass die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft im Vergleich zur Agroindustrie wesentlich klimafreundlicher ist. Denn der in der Agroindustrie notwendige massive Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln schädigt nicht nur die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern stösst auch schädliche Treibhausgase aus. Demgegenüber zeichnet sich die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft – wenn sie entsprechend gefördert wird – durch eine höhere Biodiversität, die Speicherung von CO₂ im Boden, einen sparsamen Wassereinsatz und nachhaltige Bewirtschaftung aus. Sie schützt damit den Boden vor Auslaugung und vor den Auswirkungen des Klimawandels.

Deshalb, so die Experten, dürfe die Priorität nicht mehr auf der Förderung der Agroindustrie liegen, welche bereits ein Drittel der fruchtbaren Böden weltweit zerstört hat. Vielmehr müsse die kleinbäuerliche Produktion, ökologisch nachhaltige Anbaumethoden sowie die lokale Vermarktung ins Zentrum der Landwirtschaft rücken.

www.agassessment.org

einer Temperaturerhöhung von zwei Grad Celsius können damit Hungersnöte für 200 Millionen Menschen weltweit drohen.

John Vidal, Umweltredaktor der englischen Tageszeitung «The Guardian», bringt die Absurdität des Landverkaufs in Äthiopien auf den Punkt: «Äthiopien ist eines der am stärksten von Hunger betroffenen Länder der Welt mit mehr als 13 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe brauchen. Aber paradoxerweise bietet die Regierung mindestens drei Millionen Hektar ihres fruchtbarsten Landes den reichsten Ländern und einigen der wohlhabendsten Personen der Welt an, damit diese Nahrungsmittel für ihre Bevölkerung exportieren können».⁶

Paradies oder Hölle?

Ähnlich sieht es in der Republik Kongo aus. Hier hat die Regierung bereits 200 000 Hektar Land für den Anbau von Mais, Sojabohnen und für die Milchwirtschaft an südafrikanische Grossbauern verpachtet; über weitere 10 Millionen Hektar sind im Gespräch. Die verpachteten Flächen entsprechen 30 Prozent der gesamten Landesfläche und sind zusammen rund 2,5 Mal so gross wie die Schweiz. «Für uns ist die Republik Kongo das Paradies», erklärte Theo De Jager, stellvertretender Vorsitzender des südafrikanischen Landwirtschaftsverbandes AgriSA.

Weniger paradiesisch sind die Auswirkungen, die der Trend von der Subsistenzwirtschaft hin zu Plantagen und Monokulturen nach sich zieht: Denn die industrielle Landwirtschaft im grossen Stil beschleunigt den Klimawandel zusätzlich und steht in krasssem Gegensatz zu den Forderungen des Weltagrarberichts aus dem Jahr 2008 (vgl. S. 14). Dieser bestätigt, wofür sich *Brot für alle* und

Treibstoffe anstatt Nahrungsmittel

Eine weitere Folge des Klimawandels, die durch «Land Grabbing» verschärft wird, ist auch der Boom von Agrotreibstoffen. Laut einem Bericht der internationalen Nichtregierungsorganisation ActionAid nimmt die Nachfrage nach Land für Agrotreibstoffe zu. «Die europäische Agrotreibstoffindustrie hat bereits rund 3,9 Millionen Hektar Land in Afrika erworben oder beantragt» erzählt Tim Rice, Autor des Berichts. Rice schätzt, dass die EU auf 17,5 Mio. Hektar Kulturen anbauen muss, wenn sie ihr gesetztes Agrotreibstoff-Ziel von 10 Prozent bis 2015 erreichen will.

Dies, obwohl verschiedene Studien die Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit von Agrotreibstoffen kritisch beurteilen. So zeigt etwa eine vielbeachtete Schweizer Studie der Bundesämter für Energie, Umwelt und Landwirtschaft, dass sich mit Agrotreibstoffen die Treibhausgasemissionen zwar um mehr als 30 Prozent reduzieren lassen, die meisten Herstellungsverfahren jedoch eine höhere Umweltbelastung aufweisen als Benzin.⁷ Deshalb fordern *Brot für alle* und *Fastenopfer* mit zahlreichen weiteren Nichtregierungsorganisationen den Bundesrat in einer Petition dazu auf, strengere Zulassungskriterien für Agrotreibstoffe zu erlassen:

www.petition-agrotreibstoffe.ch

Fastenopfer bereits seit Jahren einsetzen: eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die in erster Linie über den einheimischen und regionalen Konsum gefördert wird.

Der Schweizer Finanzsektor spielt mit

Yvan Maillard Ardent, Verantwortlicher für Finanzmärkte, Banken und Verschuldung, Brot für alle



Seit der Finanzkrise ist Landwirtschaftsland ein interessantes Investitions- und Spekulationsobjekt.

© Mario Vedder, Keystone

Das Phänomen des «Land Grabblings» hat in den letzten Jahren beispiellose Ausmasse angenommen. Nach einer ersten Welle von Landkäufen durch Regierungen folgt nun eine zweite durch private Investoren.

«Mindestens 120 private Investoren sind in diese Form von Landkäufen im Wert von mehreren Milliarden Dollars involviert», sagt GRAIN. Die Organisation, die Pionierarbeit auf dem Gebiet des «Land Grabblings» geleistet hat (vgl. S.23), hat diese Landgeschäfte von Beginn an minutiös verfolgt.

In der Finanzkrise suchen Investoren nach neuen, langfristig interessanten Investitions-

möglichkeiten. Dazu gehört der Kauf von Ackerland. Denn die steigende Nachfrage nach Landwirtschaftsprodukten führt zu einer Erhöhung der Preise für Ackerland. «Land Grabbing» betrifft zahlreiche Länder im Norden und noch mehr im Süden, denn dort ist der Landpreis bis zu 30 Mal tiefer als in Europa.

Banken am Landgeschäft beteiligt

In der Schweiz sind vor allem Banken und Fonds in Landgeschäfte involviert. So führten die Credit Suisse und die UBS im Jahr 2009 eine Kapitalerhöhung für die indonesische Firma Golden Agri-Resources Ltd. durch. Sie

ist der weltgrösste börsenkotierte Palmölkonzern und hat sich grosse Flächen Tropenwald angeeignet, um sie mit riesigen Palmöl-Monokulturen zu bepflanzen – mit dramatischen Folgen für das Klima. Zu finden ist die Golden Agri-Resources Ltd. auch unter den Fonds, welche die beiden grossen Banken ihrer Kundschaft als Investitionsmöglichkeit empfehlen.

Fonds entdecken Landwirtschaft

In der Schweiz werden zahlreiche Fonds angeboten, die gezielt in Landwirtschaft und zum Teil in Landkäufe investieren: Zwei grosse Privatbanken, Sarasin und Pictet, bieten ihrer Kundschaft Landwirtschaftsthemenfonds an.

Die Fonds von Sarasin und Pictet investieren beispielsweise in den grössten Zuckerproduzenten Brasiliens, COSAN, zu dessen Aktivitäten der Kauf von Land und Landwirtschaftsbetrieben in Brasilien gehören – mit dem Ziel, Profit aus den steigenden Bodenpreisen zu schlagen. COSAN wird immer wieder für die sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen in den Zuckerrohrplantagen kritisiert.⁸

Mehrere Fonds in der Schweiz, ob klassischer oder spekulativer Natur (Hedge Funds), investieren in die Landwirtschaft: The Global AgriCap in Zürich, GAIA World Agri Fund in Genf und Man Investments (CH) AG in Pfäffikon (SZ). Alle investieren in Unternehmen, die in Europa, Kasachstan, Brasilien oder Russland Land kaufen.

Auch Unternehmen ziehen mit

Gewisse Schweizer Unternehmen setzen ebenfalls auf Landkaufprojekte: Glencore

zum Beispiel, ein im Metall-, Petrol- und Landwirtschaftsproduktehandel tätiger internationaler Konzern mit Sitz in Zug, besitzt mehr als 300 000 Hektar Ackerland in Australien, Kasachstan, Paraguay, Russland und in der Ukraine. Ein weiteres Unternehmen, Addax Bioenergy mit Sitz in Genf, setzt auf ein Projekt in Sierra Leone, wo die Hälfte der Bevölkerung unter Mangelernährung leidet (vgl. S. 18–19).

Forderung nach mehr Transparenz

Viele Menschenrechtsverletzungen durch Landkaufprojekte entstehen, weil es bezüglich der Geschäfte an Transparenz fehlt. Banken, die Fonds im Bereich Landwirtschaft und Landkauf anbieten, sollten nachweisen können, dass die Unternehmen und Projekte bezüglich der Einhaltung ethischer Kriterien überprüft wurden. Private Investoren und Pensionskassen sollten sicher sein können, dass ihr Geld nicht für den Raub von Land eingesetzt wird – Land, das der einheimischen Bevölkerung gehört und ihr als Lebensgrundlage dient.

Addax Bioenergy in Sierra Leone

Yvan Maillard Ardent, Verantwortlicher für Finanzmärkte, Banken und Verschuldung, Brot für alle



Addax Bioenergy: Umstrittene Geschäfte in Sierra Leone.

© Joan Baxter

Die Landnahme durch internationale Firmen wie die in Genf ansässige Addax Bioenergy droht den Hunger und die Mangelernährung der betroffenen Bevölkerung zusätzlich zu verschärfen.

Jean-Claude Gandur ist ein unauffälliger Geschäftsmann aus dem Kanton Waadt. Dieser Mann hat mit der Produktion von Erdöl und dem Handel damit ein Vermögen angehäuft, das auf mehrere Milliarden Franken geschätzt wird – unter anderem dank seinen Beziehungen zu Diktatoren wie dem Nigerianer Sani Abacha. Sein in Genf ansässiges Unternehmen steht seit kurzem im Rampenlicht: Der im Jahr 2008 gegründete Agrotreibstoffkonzern Addax Bioenergy hat in Sierra Leone soeben

eine Fläche von 12 500 Hektar Land für einen Zeitraum von 100 Jahren «gepachtet» – zu einem Spottpreis.

Treibstoffe anstatt Nahrung

Gandur will in Sierra Leone Zuckerrohr für die Herstellung des Treibstoffes Ethanol anbauen, der auf den europäischen Märkten verkauft werden soll. Doch das Projekt könnte das Recht auf Nahrung von Tausenden von Menschen verletzen, die das Land für ihren Lebensunterhalt nutzen. Auf den 12 500 Hektar Land werden zurzeit Reis, Maniok und Gemüse angebaut, von denen mehr als 17 000 Menschen leben. Auch die beim industriellen Anbau von Zuckerrohr eingesetzten Pestizide

und Dünger könnten langfristig verheerende Auswirkungen auf die Landwirtschaftsflächen haben.

Addax Bioenergy hat ein Beratungsbüro mit einer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung des Projekts beauftragt. Das Gutachten kommt nach mehreren Hundert Seiten zum Schluss, dass in diesem Gebiet genügend Land vorhanden sei, um Zuckerrohr anzupflanzen und die Lebensgrundlage der Bevölkerung sicherzustellen. Gleichzeitig weist die Studie jedoch darauf hin, dass es extrem schwierig war, die Zahl der betroffenen Personen zu berechnen.

Die Studie erwähnt sowohl die Vorteile wie die Risiken für die betroffene Bevölkerung. Einerseits werden durch Plantagen und Raffinerien neue Arbeitsplätze geschaffen. Andererseits müssen zahlreiche Menschen für ihren Anbau von Nahrungsmitteln neues Land suchen. Dieser Druck könnte laut der Studie zu Konflikten mit anderen Bauernfamilien führen und die Abholzung von Wäldern vorantreiben.

Kritische Stimmen

Die auf Afrika spezialisierte kanadische Journalistin Joan Baxter führte an Ort und Stelle zahlreiche Befragungen durch.⁹ Während die Verträglichkeitsprüfung das zu verpachtende Land als «minderwertig» einstuft, versichert eine von Joan Baxter befragte Kleinbauernberaterin: «Das ist glatt gelogen, unser Boden ist sehr fruchtbar, unsere Pflanzen wachsen ohne Dünger. Das ist hier alles Bioreis.» Obwohl Addax Bioenergy behauptet, zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt zu haben, erklärt die Journalistin: «Zahlreiche Bauern sind nicht darüber informiert worden, dass sie ihr Land verlieren werden. Sie sind beunruhigt, doch nur wenige wagen es,

gegen ein Projekt zu protestieren, das von der politischen Elite unterstützt wird.»

Lockmittel Arbeitsplätze

Addax Bioenergy versichert, dass das Projekt zahlreiche Vorteile bringen wird, insbesondere durch die Schaffung von 4000 Arbeitsplätzen. Die Hälfte davon werden allerdings nur Saisonstellen sein. Der sierra-leonische Journalist Theophilus Gbenda befürchtet zudem, dass «ein Angestellter nicht genügend verdienen wird, um damit seine Familie zu ernähren, was mit dem Ertrag seiner Felder hingegen möglich war».

Das Unternehmen erhielt eine Steuerbefreiung für zehn Jahre, obwohl gemäss einem Artikel der Genfer Zeitung «Le Temps» bei dem Projekt eine Rendite von gut 15 Prozent zu erwarten ist. Heikel ist auch die Frage der Entschädigung für die Bauern: Sollten für das enteignete Land tatsächlich Entschädigungen an sie bezahlt werden, besteht angesichts der endemischen Korruption im Land die Gefahr, dass das Geld veruntreut und gar nicht erst zu den Bauern gelangen wird.

Wer profitiert?

Das Projekt von Addax Bioenergy wirft zahlreiche Fragen auf: Wer sind die hauptsächlichen Nutzniesser? Die Investoren? Die politische Elite, die den Vertrag mit Addax ausgehandelt hat? Oder auch die lokale Bevölkerung? Gemäss Adrian Bebb, Kampagnenkoordinator bei der Organisation Friends of the Earth – Europe, besteht ein grosses Risiko, dass die Afrikaner «ihr Land, ihre Nahrungsmittel und ihre natürliche Umwelt verlieren, damit die Autos in Europa mit Biosprit fahren können».

Bodenspekulation in Benin auf Kosten der Armen

Ester Wolf, Verantwortliche für das Recht auf Nahrung, Brot für alle



Grosse Ackerlandflächen liegen in Didja aufgrund von Landspekulationen brach.

© Synergie Paysanne, Benin

Während viele Kleinbauern in Benin ihr Land verkaufen müssen und an Hunger leiden, ist ihr fruchtbares Ackerland zum Spekulationsobjekt geworden und liegt brach. Brot für alle unterstützt die bäuerliche Vereinigung Synergie Paysanne (SYNPA) in ihrer Arbeit gegen «Land Grabbing».

Im westafrikanischen Benin lässt sich in jüngster Zeit eine massive Zunahme des Aufkaufs landwirtschaftlicher Flächen beobachten. In der Regel laufen die Landdeals über einheimische Zwischenhändler, die im Auftrag von reichen Privatleuten oder ausländischen Unternehmen agieren. Die Mehrheit der acht Millionen Einwohner Benins sind Kleinbauern und -bäuerinnen. Die meisten von ihnen können weder lesen noch schreiben, ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Ar-

mutsgrenze. Laut Schätzungen des Uno-Welt-ernährungsprogramms (WFP) leiden fast 20 Prozent der Bevölkerung an Mangelernährung. Frauen sind davon besonders betroffen. Die Region Zou zählt zu den Gebieten mit der höchsten Anzahl an Kindern unter fünf Jahren, die an chronischer Unterernährung leiden. Gleichzeitig gilt Zou als Kornkammer Benins. Das westafrikanische Land könnte genug produzieren, um die gesamte Bevölkerung zu ernähren. Doch billige Getreideimporte aus den Nachbarländern und Reisimporte aus Asien bedrohen die lokale Produktion.

«Die lokalen Bäuerinnen und Bauern müssen ihr Land verkaufen, weil ihnen die Mittel fehlen, um dieses zu bestellen, während grosse fruchtbare Flächen brach liegen, die von Dritten aufgekauft wurden», sagt Nestor Mahinou von SYNPA. Die neuen Besitzer lassen



Synergie Paysanne wehrt sich gegen den Ausverkauf ihres Landes. © Synergie Paysanne, Benin

das Land bewusst ungenutzt und warten darauf, dass die Preise ansteigen, um es dann an Investoren lukrativ weiterzuverkaufen. Die armen Bauernfamilien sehen sich aufgrund ihrer Armut oft zum Verkauf gezwungen und werden von hohen Gewinnversprechungen seitens der Käufer getäuscht.

Dies führt sie langfristig in noch grössere Not und erhöht die Zahl der Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden. Vielen bleibt nichts anderes übrig, als in die Städte abzuwandern oder auf fremden Plantagen zu arbeiten, wo sie in der Regel nur temporär und unter prekären Arbeitsbedingungen angestellt sind. In den Städten wiederum mangelt es grundsätzlich an Jobs.

Verlust der Lebensgrundlage

SYNPA hat eine repräsentative Studie zum Landkauf in der Gemeinde Djidja der Region Zou durchgeführt.¹⁰ Acht der zehn verkauften Flächen dienten dort zuvor der lokalen Nahrungsmittelproduktion. Unter den Käufern sind Beamte, Politiker, Privatinvestoren und Unternehmen. Es war für SYNPA nicht möglich, die Landkäufer bzw. deren Mittelmänner zu treffen, da diese anonym bleiben wollten. 90 Prozent der befragten Bevölkerung sind davon überzeugt, dass diese Landkäufe nicht zum Vorteil der Verkaufenden

sind. Denn die aktuellen Landpreise sind relativ niedrig und das Geld, das die Besitzer für ihr Land erhalten, ist schnell verbraucht. Ihre Ernährungs- und Lebensgrundlage haben sie jedoch auf immer verloren.

Alle der in Djidja aufgekauften Flächen liegen heute brach – ein klares Zeichen dafür, dass es bei den Käufen in erster Linie um Bodenspekulation geht. Ein grosses Problem ist, dass die Landkäufe nicht ordnungsgemäss registriert werden. Grosse Landkäufe werden oft unter der Hand abgeschlossen und nicht offiziell erfasst. «Um den ländlichen Sektor zu entwickeln und die Armut in Benin zu bekämpfen, müssen die Bodenfragen klar geregelt werden», so Mahinou. Ausserdem brauche es Investitionen in die Landwirtschaft und in eine Infrastruktur, die den Produzie-

Synergie Paysanne engagiert sich für

- die Information der ländlichen Bevölkerung über die Risiken des Landverkaufs
- die Einführung einer klaren Gesetzgebung auf nationaler Ebene, die den Kauf und Verkauf von Land regelt
- die Einführung eines Plans zur ländlichen Entwicklung und zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft (z.B. Mikrokredite für Kleinbauernfamilien)
- die Einführung von klaren Regeln in Bezug auf den Landverkauf auf kommunaler Ebene (z.B. Erhebung einer Steuer für den Käufer, Darlegung der Motive für den Kauf und Vorlegen eines Plans für die Landnutzung sowie die Einschränkung der zur Verkauf stehenden Gesamtfläche)
- die Registrierung der Landflächen
- die Förderung und Ausbildung der ländlichen Jugend



Weil sie ihr Land verloren haben, müssen viele Frauen in Benin in Städten nach Arbeit suchen.

© ZVG

renden den Transport ihrer Waren zu den lokalen Märkten ermöglicht. Dies könnte der lokalen Bevölkerung ein angemessenes Auskommen garantieren.

Viele Leidtragende sind Frauen

In Benin wie in den meisten Ländern, in denen das Phänomen des «Lang Grabbing» zu beobachten ist, sind besonders die Frauen von den negativen Auswirkungen betroffen. Weltweit produzieren Frauen über die Hälfte aller Grundnahrungsmittel. Bis zu 60 Prozent der Frauen in afrikanischen Ländern sind alleine für den kleinbäuerlichen Haushalt verantwortlich. Gleichzeitig verfügen sie oft nicht über offizielle Besitztitel für das Land, das sie bewirtschaften.

Die Studie von SYNPA zeigt, dass Frauen diskriminiert werden, wenn es um Landbesitz geht. In vielen Ländern wird den Frauen der Besitz von Land verwehrt – entweder per Gesetz oder wie in Benin aufgrund des traditio-

nellen Gewohnheitsrechtes. Ohne Landtitel sind sie die ersten, die von Investoren mühelos vom Land, das sie und ihre Familien ernährt, verdrängt werden können. Meist bleibt ihnen nur übrig, als Landarbeiterinnen auf Plantagen zu arbeiten oder eine Arbeit in den Städten zu suchen.

Finden sie eine Arbeit, verdienen sie weit weniger als ihre männlichen Kollegen. Feste Verträge und Sozialleistungen gibt es in den Ländern des Südens selten. So verlieren schwangere Frauen häufig ihre Arbeitsstelle und stehen dann mit leeren Händen da. Die Tatsache, dass die meisten hungernden Menschen auf dem Land leben und 70 Prozent der Betroffenen Frauen und Mädchen sind, illustriert die dramatische Situation.

GRAIN – Pionierarbeit gegen «Land Grabbing»

Die internationale Nichtregierungsorganisation GRAIN hat «Land Grabbing» erstmals systematisch dokumentiert und an die Öffentlichkeit gebracht. Hier stellt der Partner von *Brot für alle* seine Arbeit vor.



GRAIN: Engagement gegen Landraub.

«Das globale System zur Produktion von Nahrung, wie es in den letzten Jahrzehnten verfolgt wurde, ist geprägt von Strukturanpassungsprogrammen, Handelsabkommen und Projekten, die sich an der «Grünen Revolution»¹¹ orientierten. Es diente nie dazu, die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen. Während die Zahl der Hungernden um mehrere Millionen Menschen zugenommen hat. Im Oktober 2008 publizierte GRAIN einen Bericht, der den Begriff «Land Grabbing» prägte und dieses Phänomen anhand von über 100 Fällen dokumentierte. Kurz darauf kursierte die Nachricht, dass eine Filiale des Handels- und Investmentunternehmens Daewoo die Hälfte des Ackerlandes in Madagaskar pachten wolle, um Nahrungsmittel für Südkorea zu produzieren. Mit überwältigendem Effekt: Der Daewoo-Deal löste ein breites öffentliches Interesse aus und die Massenmedien dokumentierten anhand der GRAIN-

Studie, dass es sich nicht um ein isoliertes Phänomen handelte.

Seit der Veröffentlichung des Berichts arbeitet GRAIN gemeinsam mit sozialen Bewegungen darauf hin, diese Form der Landnahme zu stoppen. Immer mehr Gruppierungen beginnen, ihre Regierungen für den Verkauf oder die Verpachtung von Land an ausländische Investoren zu kritisieren. Bauernorganisationen in Mali und Benin (z.B. Synergie Paysanne) führen Studien durch und zeigen die negativen Auswirkungen des «Land Grabbing». Auch GRAIN führt seine analytische Arbeit fort. Im Bericht «Die neuen Farmbesitzer»¹² hat GRAIN 120 Investitionsstrukturen aufgeführt, über die – als Folge der Finanzkrise – «Land Grabbing» geschieht.

GRAIN hat www.farmlandgrab.org ins Leben gerufen, eine Online-Plattform für Informationen und Analysen zum Thema. Inzwischen zählt die Seite täglich 1000 Besuche und ist zu einer Referenz für Medien, soziale Bewegungen und sogar für den privaten Sektor geworden.

Es ist uns wichtig zu zeigen, wie Investoren vom weltweiten Hunger profitieren, denn die grossen Landkäufe nehmen weiterhin rasant zu. Bislang war der Fokus meist auf die Regierungen gerichtet, doch es sind die privaten Akteure, die in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden müssen. Beim «Land Grabbing» gibt es keine «Win-Win-Situationen», wie es Weltbank und andere Institutionen gerne hätten. Solche Initiativen sind Augenwischerei und haben primär das Ziel, die politischen Kontroversen zu stoppen.»

www.grain.org

Wo stehen die internationalen Regulierungsversuche?

Ester Wolf, Verantwortliche für das Recht auf Nahrung, Brot für alle

Inzwischen befassen sich verschiedene Akteure, darunter Uno-Organisationen und die Weltbank, auch auf internationaler Ebene mit der Problematik des Landausverkaufs. Die Suche nach Regulierungen und Rahmenbedingungen, von denen alle Beteiligten profitieren, gestaltet sich schwierig.

Olivier de Schutter, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, legte dem Uno-Menschenrechtsrat im März 2010 einen Bericht vor, in dem er elf Prinzipien aufstellt.¹³ Die Einhaltung dieser Prinzipien seien «Mindestanforderungen zur Respektierung der

Menschenrechte im Zusammenhang mit Landkauf oder -pacht im grossen Stil». De Schutter betont, dass die Prinzipien auf internationalem Recht basieren und ihre Einhaltung deshalb verbindlich sei. Auch die Herkunftstaaten der privaten Investoren stünden in der Pflicht, das Verhalten «ihrer» Investoren im Ausland zu reglementieren – besonders, wenn der Staat, in dem investiert wird, nicht willig oder fähig ist, dies selbst zu tun. «Bei den Prinzipien handelt es sich um Minimalbedingungen. Ihre Einhaltung rechtfertigt jedoch nicht automatisch jede Art von gross angelegten Investitionen in einem



Olivier de Schutter, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, fordert die Einhaltung von Menschenrechten bei Landgeschäften.

© Alessandra Benedetti, FAO

Land», stellt de Schutter klar. Die elf Prinzipien könnten jedoch Anregungen für die Ausarbeitung von Leitlinien und Regelwerken auf regionaler und internationaler Ebene bieten.

«Es ist wichtig, dass Staaten und private Investoren nicht auf die Ausarbeitung von Leitlinien warten. Auch bei aktuellen Verhandlungen und Abschlüssen von Landgeschäften

Mindestanforderungen gemäss Olivier de Schutter, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung (2010)

Zusammenfassung der elf Prinzipien

1. Alle Landdeals müssen absolut transparent und unter Einbezug der lokalen Bevölkerung abgewickelt werden.
2. Gibt es einen Wechsel beim Besitz oder Nutzen von Land, ist *das freie, vorgängige und auf Information beruhende Einverständnis* der lokalen Bevölkerung eine Grundvoraussetzung. Vertreibungen sind zu vermeiden. Falls unumgänglich, müssen die Betroffenen angemessen entschädigt werden und Zugang zu Rechtsmitteln haben.
3. Die Regierungen müssen einen *gesetzlichen Rahmen* schaffen, der die Landtitel der lokalen Gemeinschaften anerkennt und rechtlich schützt.
4. Die lokale Bevölkerung soll von den Investitionen nachhaltig profitieren. Das System der Vertragslandwirtschaft, das an konkrete Bedingungen gebunden ist, ist dem Verkauf oder der Verpachtung des Landes vorzuziehen.
5. Vorzug soll einer *Landwirtschaft* gegeben werden, *die zahlreiche Arbeitsplätze schafft* und angemessene Löhne garantiert. Die lokale Bevölkerung soll von den Arbeitsplätzen profitieren.
6. Investoren und Regierungen sollen auf landwirtschaftliche Produktionsweisen setzen, die die *Umwelt schonen*.
7. Um die Nachhaltigkeit der Investition und den Respekt der Menschenrechte zu garantieren, sollen die *Verpflichtungen der Investoren* im Vor herein klar definiert werden. Hierzu gehört auch eine Regelung der regelmässigen *Überprüfung*.
8. Herrscht im Investitionsland Ernährungsunsicherheit oder Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten, soll *ein bestimmter Anteil der Produktion bei Bedarf im Land bleiben*. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die lokalen Märkte nicht durch Preisdumping zerstört werden.
9. Vor dem Abschluss von Landdeals müssen *Impact Assessments* (Untersuchung der möglichen Folgen und Auswirkungen der Landgeschäfte) unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung durchgeführt werden. Nur so können alle Beteiligten von der Investition profitieren.
10. Staaten müssen das *Recht der indigenen Volksgruppen zum Schutz ihres Landes und ihrer Territorien* anerkennen. Die Regierungen sind dazu verpflichtet, mit den indigenen Bevölkerungsgruppen zu kooperieren. Ohne deren Einverständnis dürfen keine Landdeals abgeschlossen werden, die ihre Gebiete betreffen.
11. Die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgeschriebenen Arbeitsrechte der Landarbeiter und Arbeiterinnen müssen eingehalten und überprüft werden.



Hauptsitz der Weltbank in Washington: Ihre «Win-Win»-Initiative wird von NGOs heftig kritisiert.

© Yoshiko Kusano, Keystone

müssen sie ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen», so der Uno-Sonderberichterstatler.

FAO erarbeitet praktische Leitlinien

Die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) arbeitet an «Leitlinien zur verantwortungsvollen Regierungsführung bei Landrechtsfragen und anderen natürlichen Ressourcen». Die Zivilgesellschaft wurde dazu eingeladen, sich an dem Prozess zu beteiligen. Ihre Partizipation wird von der Koordinationsplattform IPC¹⁴ organisiert. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Ergebnisse der Internationalen Konferenz zur Agrarreform und ländlichen Entwicklung (ICARRD-Konferenz) im Jahr 2009.¹⁵ Ebenfalls Teil des Prozesses sind regionale Konsultationen von Regierungen und Personen der Zivilgesellschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Ziel der Leitlinien ist es, Staaten eine Orientierung und konkrete Handlungsanleitung für die Umsetzung international anerkannter Standards zu geben. Die Regierungen sollen

darin unterstützt werden, Strategien, Gesetzgebungen und Programme zu entwerfen, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Land garantieren und den Hunger bekämpfen. Gleichzeitig sollen die Leitlinien als Instrument für die Bewertung von Regierungshandeln genutzt werden können.

«Gerade im Kontext des «Land Grabbing» ist dies eine wichtige Initiative, die eng an die Forderungen nach dringend notwendigen Agrarreformen und die Respektierung der Menschenrechte angelehnt ist», sagt Sofia Monsalve, Koordinatorin der IPC-Arbeitsgruppe Agrarreform und Territorium sowie Verantwortliche für Landfragen bei FIAN International. Die grösste Herausforderung ist es jedoch, die Umsetzung der Leitlinien zu erreichen. Im Erarbeitungsprozess wird dies einer der grossen Knackpunkte sein.

Weltbank sucht nach «Win-Win-Situationen»

Eine weitere Initiative für verantwortungsbewusste landwirtschaftliche Investitionen geht von der Weltbank, einem Departement der

FAO, dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) aus. Studien und Konsultationen sind Teil des Arbeitsprozesses. Anfang 2010 stellten die Initiatoren ein Diskussionspapier mit sieben Schlüsselprinzipien vor, die bei Landgeschäften zukünftig beachtet werden sollen.

Grundsätzlich betrachten die Weltbank und ihre Partner diese Form von Investition als Chance für die ländliche Entwicklung im Süden. Dies obwohl sie selber zugeben, dass sich in der Vergangenheit viele agroindustrielle Grossprojekte als Misserfolge entpuppt haben. Auch anerkennen die Weltbank und ihre Partner Risiken wie Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung als Folge solcher Investitionen. Trotzdem scheinen sie

der festen Überzeugung zu sein, dass «Win-Win-Situationen», bei denen sowohl die Investoren als auch die lokale Bevölkerung profitieren, möglich sind.

Dazu wollen Weltbank, FAO, IFAD und UNCTAD konkrete Instrumente, wie beispielsweise Kodizes für gutes Verhalten erstellen sowie positive Beispiele («best practices») sammeln und veröffentlichen. Begleitung und Kontrollinstrumente («monitoring») seien notwendig, sagen die Initianten. Sie weisen jedoch bereits darauf hin, dass die Erfolgchancen für die Einführung von Regulierungsmassnahmen begrenzt seien.



Globale Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft: Parallelgipfel anlässlich des Welternährungsgipfels 2009 in Rom.

© Martin Remppis, Brot für die Welt

«Win-Win-Situation» oder einseitige Ausbeutung?

Ester Wolf, Verantwortliche für das Recht auf Nahrung, Brot für alle



Kleinbäuerliche Landwirtschaft als Zukunftsmodell.

© Miges Baumann

«Das ganze Gerede über «Win-Win-Situationen» ist schlicht und ergreifend unrealistisch», sagt Devlin Kuyek von GRAIN. «Keine der betroffenen Gruppen in Asien und Afrika, mit denen wir gesprochen haben, nimmt die «Win-Win-Idee» ernst.» Investitionen in die Landwirtschaft, von denen alle Seiten profitieren, sind zwar erstrebenswert. Allerdings fehlt es bisher an positiven Beispielen, die zeigen, dass mit «Land Grabbing» in Verbindung stehende Investitionen sich positiv auf die Bevölkerung ausgewirkt haben.

Ein zentraler Grund dafür ist sicherlich das Problem der fehlenden Regulierung von Unternehmen und privaten Investoren. Selbst

Weltbank und Teile der FAO, die an eine «Win-Win-Situation» glauben, geben zu, dass es kaum möglich sein wird, der Privatwirtschaft bindende Regulierungen aufzuerlegen. Verpflichtungen, die auf reiner Freiwilligkeit basieren, laufen Gefahr, in erster Linie dem Image der Investoren zu dienen.

Während die Suche nach positiven Beispielen in vollem Gange ist, schreitet der Wettlauf um Land rasant voran. Jean-Claude Pécelet, Journalist der Westschweizer Zeitung «Le Temps», wurde Anfang 2010 von Addax Bioenergy zur Projektbesichtigung nach Sierra Leone eingeladen. Er schreibt in seinem Blog, dass es zu früh sei, um zu sagen, ob es

So engagieren sich *Brot für alle* und *Fastenopfer*

- *Brot für alle* unterstützte eines der ersten grossen Expertenseminare zum Thema «Land Grabbing», das im Mai 2009 in Genf stattfand.
- *Fastenopfer* und *Brot für alle* fördern Projekte, welche die Betroffenen vor Ort in ihrem Engagement gegen «Land Grabbing» und für einen besseren Schutz ihrer Landrechte unterstützen (siehe S.20–23).
- *Brot für alle* trägt die Arbeit von GRAIN mit (siehe S.23).
- *Fastenopfer* und *Brot für alle* machen Öffentlichkeitsarbeit und sensibilisieren Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit Publikationen, Informationsbroschüren, Artikeln und der Organisation von Konferenzen und Symposien.
- Gemeinsam engagieren sich die beiden Werke auf politischer Ebene, z.B. mit der Beteiligung an internationalen Konferenzen und über den Dialog mit Regierungen, etwa bezüglich einer rechtlich bindenden Unternehmensverantwortung.

sich dabei um ein «Win-Win-Projekt» handle. Doch ist es den Betroffenen gegenüber vertretbar, einfach abzuwarten?

Kleinbäuerliche Landwirtschaft

Was also sind die Alternativen? Laut Unosonderberichterstatteur Olivier de Schutter wäre es am sinnvollsten, wenn das Land gar nicht erst verkauft oder verpachtet würde: «Die Mehrzahl der von mir untersuchten Fälle hat gezeigt, dass Grossinvestitionen in Land dann von Vorteil für Investierende und Pro-

duzierende waren, wenn es nicht notwendig war, Änderungen in den Land- oder Nutzungsrechten vorzunehmen, wie etwa bei der Vertragslandwirtschaft», so de Schutter. Doch auch solche Modelle führen in der Regel dazu, dass die Produzierenden nicht mehr selber über ihre Produktion entscheiden können und ihre Ernährungssouveränität verlieren. Wie der Weltagrarbericht bereits aufgezeigt hat (Kasten S.14), liegt die Zukunft in der Förderung einer produktiven, biologischen und kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Eine Investition, die dem grössten Teil der Weltbevölkerung im Norden und Süden weit mehr bringt, als den Ausverkauf von Land als Entwicklungsmodell schönzureden.

Was können wir tun?

- Finanzinvestitionen hinterfragen und Transparenz fordern: «Wo wird mein Geld investiert?»
- Die direkte Demokratie nutzen und entsprechende Vorstösse unterstützen, z.B. die Petition für eine stärkere Regulierung beim Import von Agrotreibstoffen unterschreiben:
www.petition-agrotreibstoffe.ch.
- Den eigenen Energieverbrauch drosseln, z.B. weniger Fleisch konsumieren und Treibstoff sparsamer verbrauchen.
- Das politische Engagement von *Brot für alle* und *Fastenopfer* unterstützen, z.B. durch Spenden oder die Teilnahme an Aktionen und Konferenzen.
- Die Schweizer Regierung auffordern sicherzustellen, dass bilaterale Investitionsabkommen nicht zum «Land Grabbing» beitragen.

Quellenhinweise

- 1 www.foodfirst.org/en/node/2657
- 2 www.cetim.ch/fr/documents/cahier_5a.pdf (Cahier critique Nr. 5, Christophe Golay: Les droits des Paysans).
- 3 «Meals per gallon – The impact of industrial biofuels on people and global hunger». Action Aid, 2010.
- 4 «Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa». Cotula et al, 2009, IIED/FAO/IFAD, London/Rome.
- 5 «Klimaänderung 2007, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger». IPCC, WMO/UNEP.
- 6 «How food and water are driving a 21st-century African land grab». www.guardian.co.uk, 7. März 2009.
- 7 «Ökobilanz von Energieprodukten: ökologische Bewertung von Biotreibstoffen» Empa im Auftrag der Bundesämter für Energie, Umwelt und Landwirtschaft, 2007.
- 8 Siehe Bericht von FIAN «Agrofuels in Brazil»: www.fian.org/resources/documents/others/agrofuels-in-brazil
- 9 Joan Baxter, Plantagen am Rokel River, Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), Januar 2010.
- 10 Etude de cas, Agricultures familiales et sociétés civiles face aux investissements massifs dans les terres, Bruno Angsthelm (CCFD, France), Nestor Mahinou et Anna-Maria Lukacs (Synergie paysanne, Bénin), Synergie Paysanne, Benin 2010.
- 11 Das Konzept der grünen Revolution basiert auf einer Produktionssteigerung durch chemische Düngemittel, Bewässerung im grossen Stil und oft auch dem Gebrauch von genmodifiziertem Saatgut.
- 12 «The New Farm Owners». GRAIN, Oktober 2009. www.grain.org
- 13 Olivier de Schutter (2009): Large-scale land acquisitions and leases: A set of core principles and measures to address the human rights Challenge: www.srfood.org
- 14 Das International NGO/CSO Planning Committee on Food Security (IPC) ist ein breites Netzwerk von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (inkl. Bauernbewegungen, Fischergemeinden, indigene Volksgruppen, Gewerkschaften etc.). Die sich gemeinsam für die Ernährungssouveränität einsetzen: www.foodsovereignty.org/new
- 15 Die ICARRD-Konferenz (International Conference on Agrarian Reform and Rural Development – new challenges and options for revitalizing rural communities) fand 2009 in Brasilien statt. Sie betonte die essentielle Rolle von Agrarreformen für die Armutsbekämpfung und das Recht auf Nahrung: www.icarrd.org.

Links

Alliance Sud

www.alliancesud.ch

Brot für alle

www.brotfueralle.ch/land

FAO-Datenbank:

Gender und Zugang zu Land

<http://www.fao.org/gender/landrights/home>

GRAIN – Genetic Resources Action

International

<http://www.grain.org>

<http://farmlandgrab.org>

Land Coalition

www.landcoalition.org

3D-Trade – Human Rights – Equitable Economy

www.3dthree.org

Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung

www.srfood.org

Impressum

- Herausgeber:* Brot für alle / Fastenopfer, Bern / Luzern, Mai 2010
- Redaktion:* Pascale Schnyder
- Autor/innen:* Miges Baumann, Marion Künzler, Yvan Maillard Ardent, Ester Wolf
- Grafik:* Cavelti AG, Druck und Media, Gossau
- Auflage:* 8600 (deutsch), 3400 (französisch)
- Bestellungen:* Brot für alle, Monbijoustrasse 29, Postfach 5621, 3001 Bern
Telefon 031 380 65 65, Fax 031 380 65 54, materialstelle@bfa-ppp.ch
- Fastenopfer*, Alpenquai 4, Postfach 2856, 6002 Luzern
Telefon 041 227 59 59, Fax 041 227 59 10, mail@fastenopfer.ch
- Preis:* CHF 5.–

Ein neues Phänomen bedroht die Lebensgrundlage der Menschen in den Ländern des Südens: der rasant fortschreitende Aufkauf riesiger Ackerlandflächen durch Regierungen, globale Unternehmen und private Investoren. Das so genannte «Land Grabbing» verschärft den weltweiten Hunger und fördert die industrielle Landwirtschaft – mit fatalen sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Dieser *EinBlick* zeigt die Hintergründe und die Auswirkungen des ungezügelten Landausverkaufs für die Betroffenen auf und gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Lösungsansätze auf nationaler und internationaler Ebene.

BROT FÜR ALLE

Brot für alle ist der Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Er unterstützt rund 350 Projekte in Asien, Lateinamerika und Afrika, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Entwicklungspolitisch engagiert sich *Brot für alle* für ein faires internationales Weltwirtschaftssystem, für das Recht auf Nahrung, für Gerechtigkeit im Klimawandel, für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung und für faire und transparente Finanzbeziehungen.

Brot für alle, Monbijoustrasse 29, Postfach 5621, 3001 Bern
Telefon 031 380 65 65, Fax 031 380 65 64
www.brotfueralle.ch, bfa@bfa-ppp.ch

FASTENOPFER

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Die 350 Projekte in 16 Ländern weltweit bauen auf die Stärkung lokaler Gemeinschaften, in denen sich Menschen zusammenschliessen und Lösungen für bessere Lebensbedingungen suchen. *Fastenopfer* engagiert sich auf nationaler und internationaler Ebene für bessere entwicklungspolitische Rahmenbedingungen und mehr Gerechtigkeit.

Fastenopfer, Alpenquai 4, Postfach 2856, 6002 Luzern
Telefon 041 227 59 59, Fax 041 227 59 10
www.fastenopfer.ch, mail@fastenopfer.ch